

## Russland kommt nicht vom Fleck

Roman Abramowitsch soll beim Bergbaukonzern Norilsk Nickel für Ruhe sorgen. Das zeigt, wie sehr Putin auf «Oligarchen» statt auf Globalisierung baut. Von Peter A. Fischer

Wenigstens was Streitigkeiten und Finanzdienstleistungen betrifft, ist Russland schon sehr international geworden. Einheimische Wirtschaftskapitäne trauen der russischen Justiz nicht, halten ihre Unternehmen mit Vorliebe über Offshore-Gesellschaften und wickeln ihre Finanztransaktionen an internationalen Handelsplätzen ab. Als sich einer der dienstältesten «Oligarchen», Wladimir Potanin, und der Aluminium-Magnat Oleg Deripaska über die Kontrolle des grössten russischen Bergbaukonzerns Norilsk Nickel zu streiten begannen, verlagerte sich die Auseinandersetzung deshalb schon bald in die Schweiz und nach Grossbritannien.

### Ökonomisch versierter Chelsea-Besitzer

Trotz der Integrität des Schweizer Finanzplatzes und dem helvetischen Schutz von Aktionärsrechten erschien dies von Anfang an (ausser für beteiligte Berater und Anwälte) als wenig sinnvoll. Wenn die bekanntgegebene «Friedensvereinbarung» den Schauplatz des Geschehens wieder nach Sibirien verlagert, werden der Konzern und nicht zuletzt seine Minderheitsaktionäre davon nur profitieren.

Mit dem Einstieg des Besitzers des englischen Fussballklubs Chelsea als «Arbiter» scheint eine gewisse Zuversicht angebracht. Der heute 46-Jährige konnte sich seit der «Inthronisierung» von Wladimir Putin immer wieder mit dem Kremelchef arrangieren. Putin liess ihn nach London ziehen, ohne dass er flüchten musste. Abramowitsch, der im Alter von vier Jahren zur Waise wurde und heute mit seinen primär im Rohstoffgeschäft verdienten Milliarden nicht nur Fussballklubs und Jachten kauft, sondern auch Kinder und Benachteiligte unterstützt, ist ein ökonomisch sehr gewiefter Grossinvestor. Seine Unternehmen hat er nicht ausgeblutet, sondern es jeweils verstanden, qualifizierte Leute um sich zu scharen, mit denen zusammen er das, was er anpackte, gewinnbringend entwickelte. Deripaska hat mit Abramowitsch einst im Aluminiumgeschäft zusammengearbeitet und dürfte darauf vertrauen, dass Norilsk Nickel unter dessen Einfluss künftig ordentlich Dividenden zahlt und so dem Rest von Deripaskas Imperium hilft, den hohen Schuldenberg abzutragen.

Potanin wiederum scheint sich die operative Kontrolle über den Bergbaukonzern zu sichern. Das Engagement von Abramowitsch beim russischen Stahlkonzern Evraz lässt aber erwarten, dass der «Arbiter» versuchen wird, ein effektives Handelsregime und eine vorsichtige Internationalisierung des Konzerns voranzutreiben.

Darüber hinaus bleibt die Auseinandersetzung um den russischen Bergbaukonzern ein Lehrstück über das Funktionieren der russischen Wirtschaft und Politik. Potanin ist dank guten Beziehungen spottbillig zur Kontrolle über den zu Sowjetzeiten erstellten Bergbaukomplex gekommen. Mit ökonomischem Gespür, Prozessoptimierungen, geschickter Finanzierung und einer Portion Skrupellosigkeit hat er den Konzern zusammen mit seinem ehemaligen Geschäftspartner Prochorow in eine Ertragsperle umgeformt, ohne dass er je radikal in die Modernisierung der Anlagen investiert hätte. Der ursprünglich in der Entourage des ehemaligen Präsidenten Boris Jelzin gross gewordene Deripaska hingegen versteht sich als einer, der dauernd investiert, um sein russisches Industrieimperium zu vergrössern. Er wollte die Zusammenlegung seines Rusal-Konzerns mit Norilsk Nickel zu einem neuen Grosskonzern erzwingen, hat sich aber mit der Breite seiner Engagements übernommen.

### Austarieren innerhalb einer kleinen Elite

Die Geschichte zeigt, dass «die Oligarchen» in Putins Russland nur bedingt an Einfluss verloren haben. Das letzte Wort aber behält sich Putin selbst vor. Er «verteilt» monopolistische oder oligopolistische Lizenzen zur Ausbeutung von Rohstoffen und zum Wirtschaften. Im Gegenzug erwartet er Unterstützung in Form von politischer Loyalität und mehr oder weniger direkter finanzieller Unterstützung. Wo Streit entsteht, greift Putins Kreml – wenn auch manchmal mit Verzögerung – ein, indem entweder verstaatlicht wird (wie kürzlich bei TNK-BP) oder ein neuer Statthalter installiert wird (wie jetzt mit Abramowitsch).

Doch um nachhaltig erfolgreicher zu werden, sollte Russlands Wirtschaft (und seine Magnaten) dieses System überwinden. Die russische Wirtschaft müsste sich stärker globalisieren, härterem Wettbewerb im In- und Ausland stellen und vom korrupten Spiel der Politik emanzipieren. Ein Abbau von Markteintrittsschranken sowie ausländisches Kapital und Know-how würden dies befördern. Statt in nationalen «strategischen» Kategorien zu handeln, sollten Konzerne wie Norilsk Nickel danach streben, durch Internationalisierung zu einer Art Rio Tinto oder BHP Billiton zu werden. Doch das «System Putin» ist darauf ausgerichtet, genau das zu verhindern. Statt auf Öffnung setzt Putin auf Austarieren von (oft pekuniären) Beziehungen und Loyalitäten innerhalb einer zwar nicht geeinten, aber kleinen Elite. Land und Leute hätten Besseres verdient.

## Mehr vom Gleichen

Das Bundesamt für Kultur hat die ersten Eidgenössischen Literaturpreise vergeben und signalisiert Einfallslosigkeit bei der Verteilung des vielen Geldes. Von Roman Bucheli

Zuerst die gute Nachricht: Dem Bundesamt für Kultur stehen neuerdings jährlich 800 000 Franken für Eidgenössische Literaturpreise zur Verfügung. Am Dienstag wurden in Bern die ersten acht Auszeichnungen von je 25 000 Franken an Autorinnen und Autoren aus allen Landesteilen verliehen (NZZ 4. 12. 12). Die schlechte Nachricht: Das Bundesamt für Kultur weiss ganz offensichtlich nicht, was mit dem vielen Geld zu tun und wie es sinnvoll zu verteilen sei. Und macht darum, was alle anderen auch machen. Das ist zwar nicht ganz falsch, aber furchtbar einfallslos.

### Versäumnisse

Letzte Woche erreichte diese Redaktion und gewiss auch andere Empfänger eine kuriose Pressemitteilung. Darin wurde, fünf Tage vor der Preisverleihung, der Versand einer diesbezüglichen Pressemitteilung angekündigt, in der nichts anderes stehen würde, als was man gerade in Händen hielt: nämlich die Liste der Preisträger. Nur durfte man letzte Woche deren Namen noch nicht preisgeben. Strenggenommen hätte eine gedruckte Zeitung über den Vorfall, die öffentliche Preisverleihung vom Dienstag, erst diesen Mittwoch berichten dürfen. Die Verleihung hätte gewissermassen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden. Eine solche Informationspolitik kann weder im Sinne der Preisträger sein noch dem Selbstverständnis dieser Eidgenössischen Preise entsprechen, sollte doch damit gerade das breite Publikum auf das hiesige literarische Schaffen aufmerksam gemacht werden.

Gewiss, es ist eine Bagatelle und ist vielleicht auch zurückzuführen auf Ungeübtheit im Umgang mit Medien und in der öffentlichkeitswirksamen Vermarktung von Nachrichten. Aber die dilettantische Öffentlichkeitsarbeit ist bezeichnend, weil sie sich in das Bild einer kulturpolitischen Offensive des Bundes fügt, der in der Umsetzung zwar nicht die Ernsthaftigkeit, aber gewiss die notwendige und angemessene Professionalität fehlt. Das beginnt nicht erst mit einer Jury, in der ein Verleger sitzt, der vielleicht noch nicht einmal dafür verantwortlich ist, dass zwei von acht Preisträgern in seinem Verlag erscheinen, der aber nun unweigerlich in ein schiefes Licht gerät. Und auch wenn die Auszeichnung gerade dieser Autoren unbestritten ist, so nimmt die Jury damit doch in Kauf, dass sowohl deren wie das Ansehen des Preises beschädigt wird.

Aber das Bundesamt für Kultur hat offenkundig nicht erst bei der Zusammensetzung der Jury Fingerspitzengefühl vermissen lassen; schon bei der

konzeptionellen Vorbereitung der in diesem Jahr zum ersten Mal verliehenen Preise fehlten sowohl Umsicht wie Phantasie. Nun mag man einwenden, dass die Zeit knapp bemessen gewesen sei, seit zu Beginn dieses Jahres das neue Kulturförderungsgesetz in Kraft getreten ist. Indessen wusste das Bundesamt für Kultur seit langem, dass die Eidgenössischen Literaturpreise als neues Fördermittel geschaffen werden sollten.

Etwas mehr als die Hälfte der insgesamt zur Verfügung stehenden Summe, also rund eine halbe Million Franken, soll, so hiess es einmal, als Auszeichnungen an Autorinnen und Autoren vergeben werden. Mit den nun verliehenen acht Preisen zu 25 000 Franken sowie einem für das Frühjahr angekündigten Preis für ein Gesamtwerk, einem Übersetzerpreis und einem Spezialpreis für Literaturvermittlung in der Höhe von je 50 000 Franken kommt man noch immer erst auf eine Summe von 350 000 Franken. Das kann man anders nicht deuten als: Man weiss (noch) nicht, wohin mit dem vielen Geld. Das ist in Zeiten, da die Literatur und der Buchmarkt von vielen Seiten in Bedrängnis geraten und es nicht viel Phantasie braucht, um fördernd einzugreifen, ein Armutzeugnis. Man kann mehr vom Gleichen tun (und einem jungen Autor für einen schmalen Gedichtband einen Preis geben, nachdem dessen Entstehung eine kantonale Kommission schon reichlich gefördert hat); man kann mit den Preisträgern zur Förderung des Verkaufs Lesungen in allen Sprachregionen veranstalten, wie es nun angekündigt wird. Aber machen das nicht bereits alle Literaturhäuser, Buchhandlungen und Lesezirkel?

### Andere Wege

Unbestritten ist dies: Dem literarischen Schaffen ist jede erdenkliche Förderung zu wünschen. Darum sollen hier die neuen Eidgenössischen Literaturpreise nicht schlechtgeredet werden. Aber sie dürfen sich selber auch nicht schlechter machen, als sie sein könnten. Es reicht nicht, Preise unter die Autoren zu streuen und Lesungen zu organisieren. Die Auszeichnungen des Bundes haben eine nationale Ambition und müssen sich ein Renommee im Sinne eines Staatspreises schaffen. Herausragendes sowohl von Autorinnen und Autoren als auch von Verlegern, Übersetzern oder Buchhändlern muss mit demonstrativ grosszügig dotierten Preisen gewürdigt werden. Nicht die Urheber allein, auch die Strukturen wollen gestärkt sein. Man könnte darum die Autoren- an eine Verlagsförderung koppeln. Phantasie ist gefragt, um die Phantasie zu fördern.

## Die freiwillige Miliz ist die ideale Armee für die Schweiz

Die GSoA-Initiative will die Wehrpflicht abschaffen, aber die Milizarmee beibehalten. Das brächte uns eine freiwillige Miliz – die wirtschaftlich, gesellschaftlich und militärisch ideale Armeeform. Liberale und Befürworter einer starken Armee sollten die GSoA-Initiative nicht vorschnell ablehnen, nur weil sie aus der «falschen Ecke» kommt. Von Reiner Eichenberger

Die Abschaffung der Wehrpflicht erlaubt es, die Schweizer Armee fit für die Zukunft zu machen. Die heutige Armee ist, wie auch aus dem letzten Armebericht des Bundesrats hervorgeht, eigentlich zu gross. Sie ist, wenn alle Kosten eingerechnet werden, sehr teuer. Und die Wehrpflicht verhindert echte Reformen. Denn Wehrpflicht und Wehrgerechtigkeit verlangen, dass eine Mehrheit der Männer Dienst leistet. Mit der heutigen realen Aushebungsquote von rund 65 Prozent werden der Armee jährlich etwa 24 000 Rekruten zugeführt, was sie ganz automatisch aufläht. Das belastete schon die letzte Armeereform.

### Lasten und Kosten

In der heutigen Armee XXI wurden die Bestände gegenüber der früheren Armee 95 praktisch halbiert, aber die Zahl der geleisteten Diensttage – die wichtigste Quelle der gesamtwirtschaftlichen Kosten der Armee – konnte mit gut 6,2 Millionen kaum gesenkt werden. Solange die Dienstzeit pro Soldat nicht stark verkürzt wird, können die Bestände nur verkleinert werden, indem die Soldaten früher ausgemustert werden und ihre Dienstzeit jünger ableisten.

Dadurch werden aber die Lasten nicht kleiner, sondern werden lediglich auf die Jungen verschoben und ihre Ausbildung und berufliche Entwicklung verschleppt. Zudem wird das Verhältnis von Grundausbildungszeit und Dienstjahren immer ungünstiger. Schliesslich ist es angesichts der Inter-

nationalisierung der Arbeitsmärkte und des steigenden Ausländeranteils auch zunehmend problematisch, dass die Wehrpflicht ausschliesslich Schweizer Männer und Familien belastet.

### 2500 pro Jahrgang

Was also tun? Eine Berufsarmee ergibt keinen Sinn. Für stehende Truppen fehlen die militärischen Aufgaben. Zudem sind sie viel zu teuer. Eine allgemeine Dienstpflicht würde die Nachteile der Wehrpflicht nur noch multiplizieren. Unseren sozialen Institutionen fehlt es nicht an unqualifizierten zwangsrekrutierten Hilfskräften, sondern an Geld für gut ausgebildete und motivierte Berufsleute. Schliesslich ist die Wehrpflicht auch kein gesellschaftlicher Kitt mehr. Oder behauptet jemand, Frauen seien weniger sozial und staatsstreu als Männer?

Die freiwillige Miliz ist allen Alternativen weit überlegen. Ihre militärischen, volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorteile beruhen auf ihren zwei Kerneigenschaften: Erstens die Freiwilligkeit – die Freiwilligen verpflichten sich für eine gewisse Dienstzeit und erhalten eine finanzielle Entschädigung; zweitens die gestaffelte Dienstleistung: Der Dienst wird in kurzen, häufigen und intensiven Kursen geleistet.

Damit knüpft sie an die Schweizer Tradition freiwilliger Miliztätigkeit an, welche die Politik genauso wie das heutige Milizoffizierskader prägt. Als Freiwillige dienen die überdurchschnittlich

Motivierten. Sie sind leistungsorientierter, lernwilliger, disziplinierter und zumeist bereit, über lange Jahre Dienst zu leisten. Gerade die Besten sind oft über 30 Jahre alt und wären in der heutigen Armee längst zwangsausgemustert. Die grössere altersmässige Durchmischung macht die Truppen psychisch stabiler und fördert die Verbundenheit von Volk und Militär sowie den Transfer ziviler Fähigkeiten. Freiwillige Milizsoldaten kosten zudem einen Bruchteil von Berufssoldaten und weit weniger als Wehrpflichtige. Die Kosten sinken dank weniger Diensttagen, höherer Effizienz und weil wegen der längeren durchschnittlichen Dienstzeit von Freiwilligen jährlich viel weniger Personen die teure Grundausbildung durchlaufen müssen. Zudem dienen bei Freiwilligkeit nur diejenigen, denen der Dienst persönlich etwas bringt.

Wie stark freiwillige Milizen sein können, zeigen die Nationalgarde und Reserveeinheiten der USA. Diese beiden freiwilligen Milizen sind ähnlich gross wie die US-Berufsarmee und nehmen an den Kriegseinsätzen an vorderster Front teil. Nationalgardisten absolvieren je nach Vorbildung eine höchstens zwölfwöchige Grundausbildung. Danach besuchen sie jährlich einen zweiwöchigen Kurs und zwölf Wochenendkurse.

Bleibt die Frage, ob es bei einem solchen Systemwechsel genügend Freiwillige gäbe. In der Schweiz müssten für einen Bestand von 50 000 Mann und Frau sowie einer Durchschnitts-Dienstzeit von 20 Jahren pro Jahrgang nur 2500 Freiwillige rekrutiert werden – das heisst weniger als jede(r) dreissigste Schweizer oder Schweizerin. So

wenige geeignete Freiwillige finden sich garantiert – wenn die Anreize zur Dienstleistung stimmen.

### Attraktivere Dienstzeit

Die immateriellen Anreize sind in der freiwilligen Miliz gross. Die militärische Führungserfahrung wird stark aufgewertet, weil die Führung von altersdurchmischten Freiwilligen den zivilen Führungsanforderungen weit besser entspricht als die Führung sehr junger Wehrpflichtiger. Wegen der grösseren Jahrgangsbreite entstehen leichter karrierewirksame Netzwerke. Dank der höheren Motivation kann die Dienstzeit wesentlich attraktiver gestaltet werden. Es braucht weniger Kontrolle, und positive Leistungsanreize wie Beförderung und Auszeichnungen sind viel wirksamer als bei der Wehrpflicht, wo oft negative Sanktionen vorherrschen. Die materiellen Entschädigungen könnten dank den hohen immateriellen Anreizen unter den zivilen Löhnen liegen. Aufgrund der grossen Einsparungen dank dem Übergang zur freiwilligen Miliz könnten die Dienstleistenden aber auch sehr gut entlohnt werden. Die freiwillige Miliz bietet der Politik also grosse Gestaltungsspielräume. Aber so oder so: Der heutigen Zwangsmiliz ist sie weit überlegen.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg. Zusammen mit Thomas Steiner, ehemaliger Chefstrategie Bank Vontobel, entwickelte er 1991 das Konzept der freiwilligen Miliz in einem Gutachten für die Armee.